

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 1 Mk. im Voraus, bei Zustellung durch die Posten 1,20 Mk., bei Vorbestellung 1 Mk. 50 Pf. wöchentlich. Einzelhefte 15 Pf. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff, den 24. März 1927

Nr. 70. — 86. Jahrgang. — 24. März 1927

## Regelung der Arbeitszeit.

Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien des Reichstages verhandelte unter Beteiligung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und der Fraktionsführer Graf v. Helldorf (Dem.) und Dr. Scholz (D. Vp.) über das Arbeitszeitgesetz mit dem Erfolg, dass eine Kompromisslösung gefunden wurde. Die Einzelheiten liegen noch nicht ganz fest, doch soll im wesentlichen die Aufrechterhaltung der freiwilligen Überarbeit ermöglicht sein.

Es hat viel Mühe gekostet, zwischen den Regierungsparteien eine Einigung darüber herbeizuführen, welchen Inhalt das Arbeitszeitgesetz erhalten soll. Zwischen manchen Kreisen der Deutschen Volkspartei, die dem Unternehmertum nahe stehen, und dem Arbeiterflügel des Zentrums hatten sich hinsichtlich der Frage der Arbeitszeit Gegensätze gezeigt, die anfänglich unüberbrückbar zu sein schienen. Aber man kam sich entgegen, weil man einverstanden war, die ganze Frage vom wirtschaftlichen, gleichzeitig auch vom sozialpolitischen Standpunkt aus zu behandeln, nicht aber, sie als politische Streitfrage zu betrachten. Außerlich gesehen, will das Arbeitszeitgesetz lediglich eine Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit vom Dezember 1923 in manchen Punkten herbeiführen.

Man vergegenwärtige sich die damalige Zeit: Die Stabilisierung der deutschen Währung führte eine Abwärtsbewegung herbei, da die gesamte deutsche Ausfuhr, soweit sie überhaupt gegen Goldwerte erfolgte, nicht mehr wettbewerbsfähig war oder, weil ein solcher Export nur durch den Währungsdruck der Inflation hatte vorwärtsgeritten werden können. Dazu kam schwerste Absatznot auf dem Binnenmarkt, ein riesiges Heer der Arbeitslosen und auch die Erkenntnis, daß im deutschen Wirtschaftsleben eine Reform in der Erzeugungsfrage erfolgen müsse. Daraus entsprang das Drängen nach Mehrarbeit und nach Verkürzung. Dieses Bestreben richtete sich natürlich auf den Punkt des geringsten Widerstandes, also auf die Lohnfrage, bei der angesichts des Überangebots an Arbeitskräften die Forderung nach verlängerter Arbeitszeit durchdringen mußte. Nun hat sich in den drei Jahren vieles habilitiert, manches aber geändert. Gediehen ist vor allem die zwingende Notwendigkeit einer möglichst billigen Erzeugung, damit sie dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt oder wird. Vor allem diese Überlegung ist es gewesen, die dem Drängen großer Teile der deutschen Arbeiterschaft nach dem achtstündigen Arbeitstag widerstrebt und einen Mittelweg suchte, gemäß dem Vorgehen der Völker rings um uns, die mit Ausnahme Deutsch-Osterreichs den schematischen Achtstundentag nicht kennen. Durch das vorliegende neue Kompromiß wird zunächst einmal die Leistung von Mehrarbeit über den Achtstundentag hinaus zugelassen, wenn die Unterbrechung der Arbeit schwerwiegende Folgen haben würde. Die Entscheidung hierüber steht nicht unbedingt dem Arbeitgeber zu, sondern hier haben, übrigens entsprechend den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens, die Behörden, vor allem aber tarifliche Vereinbarungen mitzusprechen. Diese Mehrarbeit wird geleistet nur gegen einen Lohnzuschlag, der 25 % beträgt, wenn keine anderen Vereinbarungen vorliegen oder ein Schlichtungsschiedsgericht bzw. behördliche Bestimmungen den Zuschlag nicht anders regeln. Außerdem hat man einen zweiten Mittelweg in der Frage der freiwilligen Mehrarbeit gefunden, die ursprünglich ganz untersagt sein sollte. Auch hier wird das grundsätzliche Verbot durchbrochen in solchen Fällen, wo es die wirtschaftliche Notwendigkeit, also die Schadenverhütung, verlangt. Und schließlich hat man nicht daran vorbeigehen können, daß auch die Saisonarbeit den schematischen Achtstundentag nicht vertritt. Überall dort, wo in einem Saisongewerbe die achtstündige Arbeitszeit während eines Teils des Jahres nicht erreicht wird, kann sie in anderen Jahreszeiten, in denen besondere Anforderungen gestellt werden, nach Ausfüllungsbestimmungen des Reichsarbeitsministeriums überschritten werden.

Man hat sich vorläufig innerhalb der Regierungsparteien nur grundsätzlich geeinigt und die redaktionelle Regelung der Einzelheiten noch einer besonderen Kommission übertragen. Das Ergebnis ihrer Arbeit wird in das Gesetz eingefügt werden und damit ergibt sich die Möglichkeit, daß es auch in Deutschland zu einer vorläufigen Regelung dieses außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Problems kommt.

## Ein französischer Abrüstungsentwurf.

Die Stellungnahme Deutschlands.  
Im Anschluß an den Entwurf, den Lord Robert Cecil im Auftrag der englischen Regierung der in Genf tagenden vorbereitenden Abrüstungskommission überreicht hat, hat nunmehr auch der Vertreter Frankreichs ein Abrüstungsprojekt der französischen Regierung in Genf veröffentlicht. Nach dem französischen Entwurf soll die Abrüstung nur auf das aktive Militär beschränkt werden, die Reserven und Wehrmänner sollen außerhalb der Abrüstung bleiben. Dagegen müssen Polizei, Gendarmen, die Koh- und Postwachen sowie sämtliche

## Deutschlands Rechtsstandpunkt

### Außenpolitik im Reichstage.

(24. Sitzung.) OB. Berlin, 23. März.  
Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Feder (Nationalsoz.) wegen Verleumdung des Ministers Dr. Stresemann wurde nicht erteilt. Fortgesetzt wird die zweite Beratung des

### Haushalts des Auswärtigen Amtes.

Abg. Dr. Haas (Dem.) klagte die Regierung an, daß sie in Genf sowohl in der Saarfrage wie in der oberösterreichischen Schulfrage auf einwandfreie deutsche Ansprüche verzichtet habe. Für Deutschland wie für Frankreich sei die Verhängung so sehr eine Lebensnotwendigkeit, daß eine glückliche Entwicklung dieser Verhältnisse nicht hätte leiden können unter einer härteren Betonung des deutschen Rechtsstandpunktes. Der Redner tritt dann unbeschadet der deutschen Ansprüche auf eine Berichtigung der deutschen Ostgrenzen für eine Verständigung mit Polen ein. Mit der im Verfall der Verträge versprochenen Rüstungsbeschränkung müsse endlich Ernst gemacht werden. Zum Schluß sprach der Redner die Hoffnung aus, daß in absehbarer Zeit die Rheinlandräumung doch erreicht wird.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vg.) erklärte, wieviel zu erleben sei seiner mit dem Ergebnis von Genf, aber dennoch bestünde für eine Einheitsfront für den Außenminister. Die letzte Außenpolitik sei zwangsläufig geworden. Der Redner bewaarte, daß man immerzu in deutschen Kreisen so übertriebene Hoffnungen auf die Früchte von Thoiry gesetzt habe. Die Außenpolitik würde heute beherrscht von den russisch-englischen Gegensätzen.

Abg. Gamminger (Bayer. Vp.) wies darauf hin, daß die außenpolitische Lage Deutschlands sich in den letzten Monaten nicht unwesentlich verschlechtert habe, es sei aber ein Anlaß, wenn man den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung dafür verantwortlich machen wolle. Ein großer Teil der deutschen Außenpolitik werde jetzt in Genf gemacht. Der Redner verlangte strengere Neutralität Deutschlands bei allen etwa auftauchenden internationalen Verhandlungen und wünschte, daß der Reichsaussenminister auch weiter erfolgreich für den Frieden arbeiten möge.

### Reichsaussenminister Dr. Stresemann

nahm erneut das Wort und erklärte: In Kritik an der Haltung der deutschen Delegation in Genf hätte es ja nicht gefehlt. Es hätte in dieser Frage beinahe eine Einheitsfront gegeben. Mit Ausnahme einer Fraktion hätten seine Darlegungen über die Stellung der deutschen Reichsregierung in der gegenwärtigen politischen Lage Zustimmung gefunden. Der Minister wandte sich dann gegen die kommunistischen Ausführungen, wonach die ganze Art seiner Rede bewiesen hätte, daß seine Vereinbarungen zwischen Chamberlain, Mussolini und Stresemann über Deutschland als Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz gegen Rußland beständen. Es liege nicht im Interesse der deutschen Beziehungen zu den anderen Mächten und auch nicht im Interesse der Beziehungen zu Sowjetrußland, wenn solche Behauptungen fortgesetzt wiederholt würden. Es liege durchaus nicht im deutschen Interesse, daß die Dinge immer so hingestellt würden, als ob die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, ihr Programm durchzuführen. Einen Außenminister, der jedesmal befriedigende Ergebnisse aus Genf zurückbringe, werde man schwer finden.

Jede Lösung des Völkerbundes werde der Natur dieses Bündnisses entsprechen und ein Kompromiß sein müssen. Man sagt, Deutschland hätte sich lieber im Völkerbundrat überstimmen lassen sollen. Es gäbe aber unannehmliche Gefühle in der Politik, die von größter Bedeutung seien. Im Völkerbundrat sei es bisher Tradition gewesen, daß nicht nach Nationen abgestimmt, sondern immer eine Einmütigkeit herbeigeführt worden sei.

Organisationen militärischen Charakters in die vorrichtung einbezogen werden. Eine Unterscheidung von Militär- und Zivilflugzeugen findet nicht statt. Eine grundlegende Neuerung bedeutet die Schaffung eines unabhängigen internationalen Kontrollorgans, das nicht nur die Durchführung der Konvention bewachen, sondern auch örtliche Untersuchungen unternehmen soll. Dieses Organ soll auch die im Kriegsfall notwendige Rüstungsvermehrung einzelner Staaten festsetzen. Diese Rüstungsvermehrung soll aber für Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien keine Anwendung finden.

Der Vertreter Polens erklärte, daß Polen grundsätzlich bereit sei, an dem Abrüstungsziel mitzuwirken. Es müsse jedoch fordern, daß die allgemeine Abrüstung mit allen Garantien der Sicherheit ausgerüstet sei. Bei der gegenwärtigen Lage der meisten Staaten seien reiflose Abrüstungen noch nicht möglich, ohne moralische Abrüstung sei auch eine materielle Abrüstung nicht denkbar.

Große Aufmerksamkeit fanden die Darlegungen, die der Vertreter Deutschlands, Graf Vernstorff, zu der Frage der Abrüstung in der Abrüstungskommission machte. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Forderung nach Herabsetzung der Rüstungen. Die Lösung des Abrüstungsproblems, so sagte der Vertreter Deutschlands, ist der Grundstein für den Völkerbund. Graf Vernstorff betonte mit Nachdruck, daß nach den vielen mühsamen Verhandlungen der Sachverständigen nun auch Taten folgen müßten. Zu erster Mitarbeit beim Werke wahrhafter Abrüstung entschlossen, könnte die deutsche Regierung unbefriedigenden Lösungen ihre Zustimmung nicht geben.

geführt worden sei. Es wäre vielleicht sehr bedenklich gewesen, diese Tradition zu verletzen, in dem Augenblick, wo zum erstenmal der deutsche Außenminister den Völkerrundrat schon vor Deutschlands Eintritt in den Völkerrundrat besetzt. Tatsächlich sei bei dem deutschen Vorgehen in Genf vor aller Welt der deutsche Rechtsstandpunkt festgelegt worden. Deutschland habe in Genf nicht alles erreicht, was es wollte, aber es hätte nicht einmal so viel erreicht, wenn es nicht Mitglied des Völkerrundes gewesen wäre. (Beifall.) In der oberösterreichischen Frage sei ausdrücklich festgelegt worden, daß durch die Kompromisslösung in keiner Weise der deutsche Rechtsanspruch angefaßt werde. Die Lösung konnte am besten so gefunden werden, daß Deutschland praktisch das erreichte, was die deutschen Petitionen wollten. Dem deutschen Vertreter bei solchen internationalen Verhandlungen dürfe man nicht zu schwere Fesseln anlegen, wenn man seine Kraft nicht lähmen wolle. Der Minister erklärte weiter, es könne keine Rede davon sein, daß Deutschland deshalb in der politischen Frage nachgegeben habe, weil es an die weltliche Politik gegen Rußland gebunden sei. Kein Sachlich müsse aber jeder Vernünftige einsehen, daß auf die Dauer Deutschland von einem Völkerrat mit Polen keinen Vorteil habe. Es hätte kein Zweifel darüber bestanden, daß man in Thoiry einig geworden sei, die Basis der deutsch-französischen Verständigung müßte

### die Rheinlandräumung

sein. Nach Thoiry hätte in Frankreich ein lebhafter Aufsturm der Gegner Briand's begonnen. Der Kampf sei dort noch nicht entschieden; er sei aber überzeugt, daß diejenigen schließlich sich durchsetzen würden, die für die Verständigung seien. Zur Abrüstungsfrage müsse er sagen, daß Locarno ein Anlauf wäre, wenn man sich als Friedensstifter besenne, aber rings um Deutschland Bajonette sich auf Bajonette häuften. Darauf wurden die Verhandlungen unterbrochen und die zurückgebliebenen Verhandlungen unterbrochen und die zurückgebliebenen Verhandlungen unterbrochen und die zurückgebliebenen Verhandlungen unterbrochen.

Die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, auch der Richtungsantrag der Kommunisten gegen den Minister von Reubell. Zur Behebung der Hungersnot wurden 2 1/2 Millionen Mark bewilligt. Angenommen wurde dann u. a. eine Entschädigung, die die Reichsregierung erfucht, bei den beteiligten Länderregierungen darauf hinzuwirken, daß vorgehende, der gesellschaftlichen Bewegung einbreitende Rede- und Versammlungsverbote nicht erlassen werden. Damit war der Etat des Innern erledigt.

Darauf wurden die Verhandlungen zum Auswärtigen Amt fortgesetzt. Abg. Graf von Reventlow (Nationalsoz.) erklärte, daß seine politischen Freunde nach wie vor grundsätzlich Gegner der Stresemannschen Außenpolitik seien.

Abg. von Graefe (Völk.) verglich das Niveau des jetzigen außenpolitischen Kabinetts mit dem Staatsdebatten unter Wislizenow und meinte, jetzt gleiche der Reichstag einem Krematorium, worin die letzten Reste des deutschen Landes verbrannt werden. Der Abgeordnete bezeichnete die Ergebnisse von Genf im übrigen als lässlich.

Damit schloß die Aussprache. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Außenminister wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialisten der Zustimmung der Sozialdemokraten abgelehnt.

Vor der Abstimmung hatte der Abg. Brelviß (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion gegen die Zusammenfassung des Kabinetts die denkbar schwersten Besorgnisse habe und sich der Stimme enthalten würde, um die Verantwortlichkeit für die geführte Außenpolitik den Regierungsparteien zu überlassen. Das Haus ging zur Beratung des Etats des Verkehrsministeriums über.

## Keine Chauffeegelder mehr für Kraftfahrzeuge.

Die Beratung des Finanzausgleichs.

Im Steueransatz des Reichstages, der sich mit der Einzelberatung des Finanzausgleichs beschäftigt, beantragte die Regierungsparteien, daß Chauffee- und ähnliche Wegegelde von Kraftfahrzeugen für die Benutzung öffentlicher Wege und Brücken nicht erhoben werden dürfen. Die Länder haben die auf sie entfallende Kraftverkehrssteuer zu Zwecken der Unterhaltung der öffentlichen Wege zu verwenden; sie können die Steuer auch zu Zwecken der Unterhaltung der öffentlichen Brücken verwenden.

Nachdem von der Regierung erklärt worden war, daß Ausnahmen von dem Verbot der Wege- und Brückengelder in Zukunft nur mit Zustimmung des Reichstages und eines Ausschusses des Reichstages bewilligt werden können, wurde der Antrag angenommen.

## Weitere Beruhigung auf dem Balkan.

Dank Albanien's an Italien.

Die Beruhigung, die unter allen am Balkankonflikt interessierten Mächten bereits Platz gegriffen hat, hält weiter an. Die Rede des deutschen Reichsaussenministers Dr. Stresemann, daß eine akute Gefahr nicht bestehe, hat auch in Belgrad einen gewissen Optimismus geweckt, der noch dadurch verstärkt wird, als auch der französische Außenminister, Briand, in der Kammer versichert, daß der jugoslawisch-italienische Konflikt auf dem besten Wege